

Droht der Verfassungsschutz die Demokratie zu gefährden? Experten warnen!

Staatsrechtler Murswiek diskutiert bei einem Dialogforum in Freiburg über Verfassungsschutz und Demokratie am 10. Dezember 2024.



Nachrichten AG

Freiburg im Breisgau, Deutschland - Im Brennpunkt der Diskussion über die Rolle des Verfassungsschutzes steht der emeritierte Staatsrechtler Prof. Dr. Dietrich Murswiek. Er thematisiert beim Dialogforum Wiehre die beunruhigende Praxis des Verfassungsschutzes, politische Meinungen als verfassungsfeindlich einzustufen. Murswiek betont, dass eine solche Einstufung fundamentale Gerechtigkeiten und die Meinungsfreiheit in der Demokratie beeinträchtigen kann. Dabei stellt sich die Frage, ob der Verfassungsschutz wirklich die nötigen Schritte unternimmt, um Fehlbewertungen zu vermeiden oder ob nicht vielmehr fragwürdige Kriterien

angewendet werden, die zu einer Stigmatisierung der Betroffenen führen, wie **bz-ticket.de** berichtet.

Die neue Extremismus-Kategorie

In einem Beitrag für die Legal Tribune kritisiert Murswiek die Einführung einer neuen Kategorie durch den Verfassungsschutzpräsidenten Thomas Haldenwang: die „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. Diese Maßnahme gestattet es dem Verfassungsschutz, Gruppen innerhalb der sogenannten Querdenker-Szene ins Visier zu nehmen, die nicht klar ins Links-Rechts-Schema passen. Murswiek verdeutlicht, dass diese Einstufungen dazu führen, dass Kritiker der Regierung nicht nur als Extremisten, sondern als Delegitimierer des Staates wahrgenommen werden. Ein Beispiel dafür ist, dass sich bereits jemand, der nach der Flutkatastrophe im Ahrtal auf die Defizite des staatlichen Krisenmanagements hinweist, unter Extremismusverdacht sehen kann, wie **cicero.de** berichtet.

Für Murswiek ist die Verwechslungsgefahr zwischen legitimer Kritik und extremistisch motivierter Delegitimierung besorgniserregend. Er betont, dass es zum Wesen der Opposition gehört, Kritik zu üben und dass diese nicht als „Agitation“ oder „Verächtlichmachung“ der Regierung abgetan werden darf. Solche Klassifizierungen schaden dem demokratischen Diskurs und könnten die Meinungsfreiheit untergraben. Murswiek warnt davor, dass der Verfassungsschutz durch diese Maßnahmen nicht nur seine eigenen Befugnisse überschreitet, sondern auch zur Bedrohung der Demokratie selbst wird.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Freiburg im Breisgau, Deutschland
Quellen	• bz-ticket.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at